

Strategien
und Konstellationen
unter den Bedingungen
einer gewandelten
Parteienlandschaft

Perspektiven von SPD, Linkspartei und Grünen

Harald Bergsdorf

Die Bundestagswahl 2009 durchpflügte nochmals die Parteienlandschaft nach der Devise: verkleinerte Großparteien und vergrößerte Kleinparteien. Gerade auch im linken Lager veränderte sie die Kräfteverhältnisse: Linkspartei und Grüne gewannen Stimmenanteile; die SPD stürzte tiefer in die Krise. Nach Zweitstimmen (23 Prozent) mutierte die SPD von der Drittel- zur Viertelpartei. Niemals war sie schwächer bei einer Bundestagswahl. Keine Partei verlor jemals bei einer Bundestagswahl so viele Stimmen wie die SPD 2009 (minus 11,2 Prozentpunkte beziehungsweise minus 76 Mandate). Nur 16,1 Prozent der Wahlberechtigten wählten SPD. Die Mehrheit der (Fach-)Arbeiter votierte für CDU/CSU. Im Osten landete die SPD sogar nur auf Platz drei hinter der CDU (knapp dreißig Prozent) und der „Linken“ (gut 26 Prozent). In nur einem von sechzehn Bundesländern war die SPD bei der Bundestagswahl stärkste Partei: in Bremen.

Ohne Kompass?

Nun gibt es noch weniger Bundestagswahlkreise mit einem direkt gewählten Abgeordneten aus der SPD. Dadurch verliert sie möglicherweise weitere Sensoren für soziale und wirtschaftliche Probleme vor Ort. Die SPD – eine Partei ohne Seismograf und Kompass? Auch auf Landesebene schrumpfte sie in den letzten Jahren. Inzwischen stellt sie nur noch in fünf von sechzehn Bundesländern den Regierungschef – darunter kein bevölkerungsreiches Flächenland. Um die SPD aus

ihrer stabilen Krise zu führen, will ihr neuer Vorsitzender Sigmar Gabriel sie nun stärker für Bündnisse mit der Linkspartei öffnen: sowohl strategisch als auch inhaltlich.

Ohne die gestärkte Linkspartei werden die Sozialdemokraten tatsächlich bis auf Weiteres kaum Regierungschefs stellen. Denn für Rot-Grün allein sind derzeit auf Bundesebene und in fast allen Bundesländern keine Mehrheiten in Sicht. Nach sieben Jahren politischen Praxistests auf Bundesebene dämmert das „rot-grüne Projekt“ im politischen Wachkoma – auch in vielen Kommunen zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen. Wenig verheißungsvoll sind für die SPD auch Große Koalitionen, in denen sie – in der Mehrzahl der Fälle – die zweite Geige spielen muss, weil die Unionsparteien wesentlich stärker sind als die SPD. Auch das zeigen diverse Umfragen seit längerer Zeit; bei der Bundestagswahl war der Abstand zwischen den Unionsparteien und der SPD größer als je zuvor seit 1957 (2009: elf Prozentpunkte).

Fast ausgeschlossen – wegen der FDP – scheinen derzeit herkömmliche Ampeln. Noch unrealistischer sind momentan sozial-liberale Konstellationen oder gar absolute SPD-Mehrheiten. Die geschwächte SPD braucht deshalb mehr denn je die gestärkte Linkspartei als Mehrheitsbeschaffer. Wenn sie mit der Linkspartei kollaboriert, erhöht sie damit ihre Chancen, wieder Mehrheiten zu erringen und ihre schwarzen Widersacher in die Opposition zu drängen. Darum geht es im Kern.

Beantworten muss die SPD für sich jeweils lediglich die Frage, ob es für ihre Wahlchancen problematischer ist, solche Bündnisse von vornherein nicht auszuschießen oder sie auszuschließen, um sie gegebenenfalls zu brechen.

Schon inhaltlich gibt es immer weniger Hürden für Rot-Rot samt Grünen. Kein Dreier-Bündnis wäre programmatisch kohärenter – das einzige Parteientrio, das keine Lagergrenze überwinden müsste. Bereits auf Landesebene funktioniert(e) aus SPD-Sicht Rot-Rot (mit oder ohne Grüne) besser als die beiden einstigen Ampeln in Bremen und Brandenburg, die sich als besonders labil, ineffizient und kurzlebig erwiesen. Hinzu kommt: Aus dem aktuellen Bundestag sind namhafte SPD-Pragmatiker ausgeschieden – überwiegend zugunsten „linker“ Ideologen von den Landeslisten. Die Hemmungen gegenüber der „Linken“ schwinden in der SPD.

Massives Führungsproblem

Jetzt fungiert mit (der durchaus flexiblen) Andrea Nahles sogar eine ausgewiesene Vertreterin der SPD-Linken als Generalsekretärin – in einer Art Doppelspitze mit dem robusten und wendigen Gabriel. Ob sich die SPD mit Gabriel und einer Generalin Nahles, die weniger Sekretärin sein will, leichter führen lässt, bleibt abzuwarten. Tatsächlich leidet die SPD seit Jahren unter einem massiven Führungsproblem. Das zeigt bereits ihr hoher Verschleiß an Führungspersonal: Gabriel ist der zwölfte SPD-Chef seit Willy Brandt. Viel stärker als andere Parteien ist die SPD in sich zerrissen – mehr Vielfalt als Einheit. Seit längerer Zeit beschäftigt sie sich mehr mit sich selbst und ihren Personalquerelen beziehungsweise Richtungskämpfen als den politischen Problemen des Landes (die Namen Beck und Ypsilanti sind die Stichworte zu dieser Entwicklung). Laut Umfragen verabscheut die große Wählermehrheit kaum etwas

mehr als eine solche Selbstbeschäftigung, die an ein selbstreferenzielles System erinnert.

Unterdessen versagt die SPD davor, die unpopuläre, aber im Prinzip unverzichtbare Reformpolitik Gerhard Schröders erst in der eigenen Partei und dann der breiteren Öffentlichkeit gründlich zu erklären – sicherlich keine leichte Aufgabe. Denn es ist nicht vergnügungssteuerepflichtig, Hartz IV zu beziehen. Doch zumindest fiskalisch betrachtet, ist Hartz IV das „größte Sozialaufbauprogramm in der Geschichte der Bundesrepublik“ (Peer Steinbrück) mit einem zweistelligen Milliardenzuwachs gegenüber dem Status quo ante – unter anderem deshalb, weil Sozialhilfebezieher nun rentenversichert sind. Tatsächlich kostet Hartz IV pro Jahr zwölf Milliarden Euro mehr, als Arbeitslosen- und Sozialhilfe zusammen jemals pro Jahr gekostet haben. In der Praxis hilft Hartz IV dort, wo es geeignete Stellen und Bewerber gibt, arbeitsfähige Arbeitslose zu aktivieren (statt sie nur zu versorgen) und ihnen zumindest Brücken in auskömmliche Beschäftigung zu bauen; staatlich aufgestockte Niedriglöhne sind normalerweise fairer als Arbeitslosigkeit. Doch Gerhard Schröder, ein politischer Geisterfahrer, führte zuletzt sogar Wahlkampf gegen seine eigene Politik.

Vernachlässigte Themen

Daneben vernachlässigt die SPD seit langer Zeit zentrale Themen wie die fundamental wichtige Integration von Migranten, die stärker gefördert und gefordert gehören (statt Multikulti-Illusionen) – ein Thema, das SPD-Stammwähler durchaus interessiert; hier leistet stattdessen die CDU politische Pionierarbeit mit dem ersten Integrationsminister Deutschlands, Armin Laschet. Ebenfalls zu wenig bearbeitet die SPD aus Sicht vieler SPD-Stammwähler das Thema öffentliche Sicherheit, gerade nach Otto Schily. Denn

hohe Kriminalität von In- und Ausländern bedroht primär (sozial) Schwache – zum Beispiel Krankenschwestern oder Kellnerinnen, die sich abends nach getaner Arbeit keine regelmäßigen Taxifahrten leisten können, oder alleinstehende Frauen, ältere Leute und Migranten, die sich nur noch bei Tageslicht aus dem Haus trauen.

Besonders die Schwachen leiden, wenn Staat und Gesellschaft im Kampf gegen Kriminelle Schwäche zeigen. Wohlhabende hingegen können sich Sicherheit leichter kaufen, indem sie unsichere Gegenden, zum Beispiel Unterführungen oder U-Bahn-Schächte (ohne Videoüberwachung und Sicherheitskräfte), meiden und stattdessen regelmäßig mit dem Taxi fahren oder mit dem eigenen Auto. Dagegen kümmert sich die SPD seit Jahren um Themen, die wichtig, aber eher grüne „Besserverdiener“-Themen sind und SPD-Stammwählern weniger bedeuten: Doppelpass, Atomausstieg, Antidiskriminierungsgesetz, EU-Beitritt der Türkei, Ökosteuer, Dosenpfand und vieles mehr.

Das Dilemma der SPD

Durch ihre fast serienmäßigen Wahlschlappen gerät die SPD zunehmend in ein Dilemma: Wenn sie sich inhaltlich und strategisch weiter der medienpräsenten und kampagnefähigen SED-Fortsetzungspartei nähert, verliert sie wohl weiter (Helmut-Schmidt-Wähler) vor allem an das Nichtwählerlager und an CDU/CSU. Anders als im SPD-Funktionärskörper gibt es in ihrem Wählerpotenzial nach wie vor eine starke Skepsis gegenüber Mesallianzen mit der „Linken“, gegen die sie einen Überbietungswettbewerb kaum gewinnen kann.

Rückt die SPD hingegen wieder mehr in die Mitte, stärkt sie möglicherweise weiter die Linkspartei. Schon jetzt leidet die SPD unter der Enge in der Mitte. Selbst nach ihrem schwierigen Start bietet

die neue Merkel-Regierung kaum inhaltliche Angriffsflächen, die eine sozialdemokratische Opposition nutzen könnte. Bereits die Wahlkampf-Strategie der CDU zielte darauf, das Agitationspotenzial des linken Lagers zu minimieren – auch um den Preis sinkender Wahlbeteiligung und einer gestärkten FDP, des Konkurrenten und momentanen Partners der Unionsparteien, die Stimmen vor allem aus dem linken Lager schöpfen müssen, um für das eigene Lager Mehrheiten zu erreichen. Primär die FDP zu schwächen führte möglicherweise zur „bürgerlichen“ Kannibalisierung.

Die CDU-Strategie, die Opposition zu „sedieren“, war mit für den Wahlerfolg verantwortlich, weil sie vor allem das SPD-Potenzial demobilisierte. Bis heute findet die SPD inhaltlich kaum Raum, um die Unionsparteien und vor allem Merkel als unsozial zu attackieren. In den Augen der großen Mehrheit ist Merkel kein „neoliberales“ Gespenst – eher ist sie so eine Art personifizierte Entwarnung. Wer das „Sozialdemokratisierung“ nennt oder gar pure Taktik vor den kommenden Wahlen, verkennt die Wurzeln der Unionsparteien, die von jeher gerade auch Parteien der Mitte für kleine Leute sind; die Sozialdemokratie verfügt nicht über ein Monopol darauf, Arbeitnehmerinteressen zu vertreten.

Soziales Profil und Wirtschaftskompetenz

Zum Leidwesen der SPD schärft der Koalitionsvertrag das soziale Profil der Unionsparteien; die FDP gelangte auf vielen Politikfeldern bei den Koalitionsverhandlungen nur als zweiter Sieger ins Ziel; sie scheiterte mit manchen ihrer Forderungen. Im Koalitionsvertrag gibt es deshalb keine Zumutungen für kleine Leute – zum Beispiel keine strukturellen Änderungen bei Kündigungsschutz, Mitbestimmung oder Mindestlöhnen. Stattdessen werden ein höhe-

*Die Aussichten der SPD sind düster.
Gerhard Schröder führte zuletzt sogar Wahlkampf gegen seine eigene Politik.*

© picture-alliance/dpa, Foto: Timo Mitze



res Kindergeld, höhere Kinderfreibeträge, mehr Zuverdienstmöglichkeiten für Hartz-IV-Empfänger, ein höheres Schonvermögen für Hartz-IV-Empfänger, ein Betreuungsgeld (verächtlich „Herdprämie“ genannt) und Steuerentlastungen für Normalverdiener gewährt.

Der bittere Preis für diese Wohltaten sind noch höhere Staatsschulden. Problem hierbei für die SPD: Sie zählt in den Augen der Wählermehrheit traditionell weniger zu den Parteien, die glaubwürdig eine explodierende Staatsverschuldung anprangern können. Überhaupt gehört ihr Mangel an wahrgenommener Wirtschaftskompetenz zu den zentralen Schwachstellen der SPD. Der SPD fehlen in der Wahrnehmung der großen Mehrheit sowohl ein Konzept als auch eine Strategie, wie sich die Soziale Marktwirtschaft im verschärften Wettbewerb sichern lässt. Immer weniger gelingt es der SPD, wirtschaftliche Kompetenz und soziale Sensi-

bilität zu kombinieren. SPD-Spitzenkandidaten wie Andrea Ypsilanti bekundeten offensiv ihr Desinteresse an wirtschaftlichen Themen. Gerade auch deshalb war der Abgang Wolfgang Clements für die Nach-Schröder-SPD so fatal.

Laut amtlichen Statistiken sind CDU/CSU eher als die SPD Parteien für kleine Leute. Zumindest sind dort, wo die Unionsparteien länger regieren, die Schulen („PISA“) beziehungsweise Ausbildungschancen besser, das Wirtschaftswachstum höher sowie die (Jugend-)Arbeitslosigkeit und Kriminalität niedriger als anderswo. Zuletzt gab es in Süddeutschland so gut wie Vollbeschäftigung. Immerhin: Das Topthema der SPD, die soziale Gerechtigkeit, rangiert vorne im Sorgenkatalog der meisten Wahlberechtigten. Davon könnte die SPD wieder mehr profitieren – unter für sie besseren Bedingungen. Auch muss die SPD, jetzt in der Opposition, nun schmerzliche Kompromisse nicht mehr

mittragen. Von der Zerrissenheit und mangelnden Kampagnefähigkeit der SPD vor allem seit der Spätphase des Kanzlers Schröder profitiert die Linkspartei.

Linkspartei profitiert

Bei der Bundestagswahl 2009 und den jüngsten Landtagswahlen steigerte sie abermals ihre Stimmenanteile. In zwei Bundesländern landete die „Linke“ bei der Bundestagswahl auf Platz 1: Brandenburg (28,5 Prozent) und Sachsen-Anhalt (32,4 Prozent); in allen ostdeutschen Bundesländern liegt sie vor der SPD.

Im Osten holte die Linkspartei sechzehn Direktmandate, dreizehn mehr als 2005. Ihr bestes Ergebnis im Westen erlangte sie im Saarland mit gut 21 Prozent Zweitstimmen. Hinzu kommen Fraktionen der „Linken“ in mittlerweile zwölf von sechzehn Landtagen (nicht im Landtag in: Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Bayern). Mehr noch: Solange sich die SPD in Nordrhein-Westfalen und anderswo zunehmend für Kollaborationen mit der Linkspartei öffnet, adelt sie die SED-Fortsetzungspartei Lafontaines und Gysis sogar zur potenziellen Regierungspartei. Damit macht sie die Linkspartei noch interessanter für Wähler.

Um die „Linke“ zurückzudrängen, gilt es, über die Partei aufzuklären, also über ihre Personen, Programmatik und Politik, deren zentrales Kennzeichen darin besteht, Ressentiments gegen die Demokratie zu mobilisieren und Sentiments für Diktaturen. Trotz ihres organisatorischen, personellen und programmatischen Strukturwandels seit 1989 und ihrer multiplen Namensänderungen: Die „Linke“ ist in ihrer Mehrheit per saldo bis heute weit davon entfernt, eine lupenrein demokratische Partei zu sein. Sie charakterisieren eine Nähe zu Diktaturen und eine Ferne zur Demokratie.

Letztlich will die kapitalkräftige „Linke“ den „Kapitalismus“, also Demokratie

und (Soziale) Marktwirtschaft, „überwinden“, das heißt zerstören und abschaffen.

Destruktives Programm und mangelnde Aufarbeitung

Bislang hat die „Linke“ sich weder intellektuell noch moralisch klar von der SED und damit ihren eigenen Wurzeln emanzipiert. Zwar hat sie ihre Strategie und Programmatik, teilweise subtil, veränderten Umständen angepasst, erneuert und modernisiert, aber bis heute vermeidet sie es, vor allem viele ihrer politischen Inhalte zu entideologisieren und zu demokratisieren; die Propaganda der „Linken“ zeugt immer noch von Distanz zur Demokratie und Distanzlosigkeit gegenüber dem SED-Regime und anderen Diktaturen; beharrlich weigert sie sich, jegliche Unrechtsregime klar als solche zu verurteilen.

Bis heute umgeht sie eine offensive und umfassende Auseinandersetzung mit ihrer eigenen Geschichte und Ideologie, wie unter anderem ihr immer noch ungläubwürdiger „Antifaschismus“ zeigt.

Nach wie vor betreibt die „Linke“, die Deutschland stärker als Nationalstaat abschotten will, eine rigide Sozialdemagogie, mit der sie die Soziale Marktwirtschaft durch Überforderung schwächen will, und einen populistischen Pseudopazifismus, der sich eignet, Diktatoren zu begünstigen.

Insgesamt verbindet die „Linke“ geschickt Kontinuität mit einem Kurswechsel. Ihre pseudodemokratische Programmatik soll sie weiter aus dem „Visier“ der Verfassungsschutzämter rücken; sie soll helfen, die Partei in weitere Regierungen zu bugsieren, ohne ihre Stammwähler zu verschrecken oder gar zu verscheuchen. Die Perspektiven der Partei dafür könnten schlechter sein.

Ökonomische Kompetenz und soziale Sensibilität

Deutlicher werden muss deshalb, wie wichtig es ist, Regierungen mit Radika-

linskis zu verhindern und einer Politik mit Maß und Mitte den Weg zu bahnen. Dazu gehört es, sowohl ökonomische Kompetenz als auch soziale Sensibilität zu beweisen. Denn der rasante, tief greifende Strukturwandel hat etliche „Gewinner“, aber auch etliche „Verlierer“ zurückgelassen.

Ohne soziale Sensibilität lassen sich unverzichtbare Reformen kaum durchsetzen. Deshalb sind Reformen möglichst sozial auszugestalten und sensibel zu erklären, um ihre Akzeptanz zu erhöhen. Reformverweigerung hingegen verschärfte Probleme – spätere Reformen müssten umso tiefer gehen.

Für beide Volksparteien ergibt sich daraus eine schwierige Aufgabe: Sie müssen immer wieder die Balance zwischen Bürgernähe und politischer Führung wahren; scheitern sie an diesem Hochseilakt, droht der Absturz bei Wahlen. Deshalb müssen sie Überzeugungsarbeit leisten für eine Politik der Balance zwischen wirtschaftlicher Kompetenz und sozialer Sensibilität. Auch wenn Umfragen kein Kompass sind, sondern Seismografen: Gerade in Zeiten rasanter Veränderungen sind soziale Abstiegsängste und grassierende Reformskepsis ernst zu nehmen. Denn zum Strukturwandel, forciert durch die beschleunigte Globalisierung, gehören Chancen, aber auch Risiken vor allem für „kleine Leute“, deren Sorgen Beachtung verdienen.

Morgenluft für die Grünen

Ähnlich wie Linkspartei und FDP errangen die Grünen bei der Bundestagswahl ihr historisch bestes Ergebnis auf Bundesebene (ohne Joschka Fischer). In der Bundeshauptstadt beziehungsweise im Bundesland Berlin stellen sie bald möglicherweise sogar einen chancenreichen Kandidaten für das Amt des Regierenden Bürgermeisters und damit des Ministerpräsidenten – es wäre ein Novum in der Geschichte der Grünen, die inzwischen (in Universitätsstädten) Oberbürgermeis-

ter stellen. Durch die Schwäche der SPD wittern die Grünen offenbar Morgenluft. Sie emanzipieren sich immer stärker von der SPD, erhöhen die eigene Flexibilität und koalieren mittlerweile mit der SPD (Bremen), mit der CDU (Hamburg), mit CDU/FDP (Saarland) und hätten beinahe mit SPD und Linkspartei regiert (Hessen). Offenkundig versuchen die Grünen, unter den veränderten Bedingungen der Fünf-Parteien-Landschaft die frühere Funktion der FDP zu ergattern: faktische Kanzlermacherin.

Die neue Flexibilität der Grünen, innerparteilich mehr oder minder lebhaft diskutiert, gilt wahlweise als opportunistisch oder politisch-pragmatisch. Das grüne Hauptproblem bleibt allerdings ein anderes: Nach wie vor rangiert ihr Topthema, der Umweltschutz, nicht an der Spitze jener Themen, die aus Sicht der Wählermehrheit am wichtigsten sind. Zu allem Überfluss „wildert“ nun der frühere Bundesumweltminister Gabriel, aber auch sein eloquenter Nachfolger Norbert Röttgen in grünen Gefilden – ein feinsinniger und dynamischer Katholik auch mit Wirtschaftskompetenz, der helfen könnte, Ökonomie und Ökologie besser als die Grünen miteinander zu versöhnen.

Nun bleibt zum einen abzuwarten, inwieweit die Finanzkrise stärker auf den Arbeitsmarkt durchschlägt und auch die bundesdeutsche Parteienlandschaft noch mal durchpflügt. Zum anderen wird sich zeigen, ob die Talfahrt der SPD weitergeht oder ob es dem SPD-Führungsduo Gabriel und Nahles gelingt, an Geschlossenheit, Kampagnefähigkeit und Erfolge der SPD zwischen 1995 und 1998 unter Lafontaine und Schröder anzuknüpfen – eine Phase, die endete, als Schröder die Lust verlor, unter Lafontaine als Bundeskanzler zu dienen, und deshalb erfolgreich den Absprung des Parteichefs (und Superministers) provozierte, damit aber die Integrationskraft der SPD bis heute massiv schwächte – nach innen und außen.